



Bensberger Gespräche ***28.-30. Januar 2008 in Bensberg***

Tagungsdokumentation
Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Mittwoch, 30. Januar

Podiumsdiskussion mit Michael Laubsch und Holger Haibach

Moderation: Cornelia Rabitz, Leiterin des Russischen Programms von DW-Radio, Bonn

Im Anschluss an ihre Vorträge stellten sich Michael Laubsch und Holger Haibach den Fragen der Moderatorin und des Plenums. Was würden Sie der Politik im Umgang mit undemokratischen Regimen wie in Zentralasien raten? – so die erste Frage an die beiden Referenten. Michael Laubsch erklärte, er kritisiere hauptsächlich die Doppelbödigkeit der europäischen Politik. Auf der einen Seite würden Forderungen nach Einhaltung von Menschenrechten gestellt, auf der anderen Seite die eigenen Grundsätze sofort wieder aufgeweicht. Ein illustrierendes Beispiel stelle das Anstreben des OSZE-Vorsitzes durch Kasachstan dar. Diesem Ansinnen begegnete die EU lange Zeit mit Unentschlossenheit und einer Verzögerungstaktik. Dann entschloss sie sich auf Druck Großbritanniens und der skandinavischen Länder zu der Forderung an Kasachstan nach Erfüllung einiger Benchmarks. Dieser positive Druck, so Laubsch, sei erfolgreich gewesen, mit einem solchen Vorgehen könne einiges erreicht werden. Holger Haibach betonte, die Frage nach den Zugeständnissen an undemokratische Regierungen sei immer auch die Frage nach der eigenen Glaubwürdigkeit. Seiner Meinung nach rede der Westen mit zwei Zungen. Auf der anderen Seite sei die Politik gegenüber undemokratischen Regimen aber auch immer ein Ritt auf der Rasierklinge. Enorm wichtig, wenngleich auch sehr schwierig zu realisieren, sei in diesen Fällen eine gemeinsame Haltung der EU-Staaten.

Auf die Frage, ob der Westen mit seiner Lebensform überhaupt noch ein Modell für den Rest der Welt sei, antwortete Michael Laubsch, dies sei grundsätzlich ein philosophisches Problem. Laut einer Umfrage der amerikanischen Forschungseinrichtung *Freedom House* sei das westliche Modell global immer weniger gefragt. Er persönlich betrachte allerdings gewisse, oft als dem Rest der Welt vom Westen aufoktroiert denunzierte Rechte und Werte als universelle Grundrechte. Bei dieser Frage, erklärte Holger Haibach, gehe es um die Prinzipien der UN-Charta. Auch wenn die Mehrheit der UN-Mitglieder keine lupenreinen Demokratien seien, so hätten sie doch ebendiese UN-Charta unterschrieben und sich damit zur Einhaltung der in ihr formulierten Prinzipien verpflichtet. Er, so Haibach, gebe bei Diskussionen um westliche Werte zu, dass auch in westlichen Demokratien nicht alles perfekt laufe. Aber er betone gleichzeitig, dass bei uns über Mißstände geredet werden könne, es einen Rechtsstaat und demokratische Institutionen gebe. Und damit, so der Bundestagsabgeordnete, könne man als westlicher Politiker gut bestehen.

Eine weitere Frage zielte auf mögliche Sanktionen gegen undemokratische Regime. Holger

Haibach sagte, Sanktionen seien immer problematisch und zweischneidig. Dem stimme er zu, so Michael Laubsch, Sanktionen seien die Ultima Ratio, es gelte immer zu überlegen, dass sie das Regime und nicht die Bevölkerung trafen. Kontakte mit der Opposition in Zentralasien, darin waren sich beide Referenten einig, seien schwierig herzustellen. Die Opposition in den Ländern der Region litte unter starken Repressionen; es sei schwierig, überhaupt herauszufinden, wer zur Opposition gehöre, die Gefahr, an die Falschen zu geraten, sei sehr groß, und wenn es gelänge Kontakte zu knüpfen, dann seien Oppositionelle oftmals zu keinem Treffen bereit. Eine Schlüsselfunktion beim Dialog mit der Opposition komme jedenfalls den NGOs zu.